

Dabei wird allerdings außer Acht gelassen, dass sich die geförderten Gruppierungen selbst häufig nicht als ein „Interessenzusammenschluss von Individuen“ sehen, sondern sich klar über eine ethnische Zugehörigkeit definieren, die eine Art „kollektiver Identität“²⁸ und damit auch (s.o.) ein starkes Gruppenbewusstsein haben (Nepotismus, Patronage, etc.). Wenn dies ausgeblendet wird, dann somit auch, dass ethnische Gruppenzugehörigkeit starken Einfluss auf die politische Einstellung haben: „Die große Anzahl und Virulenz von Konflikten, die unter ethnischen Vorzeichen ausgetragen werden, [zeigt,] dass ethnische und nationale Zugehörigkeiten als Organisationsprinzip und Mittel der politischen Mobilisierung in Afrika besondere 'Attraktivität' aufweisen“²⁹.

„Dahl [...] nennt als eine Erfolgsbedingung der Demokratie/Polyarchie weitgehende kulturelle Homogenität oder einen institutionellen modus vivendi verschiedener ethnischer Gruppen bei der Bearbeitung möglicher Gegensätze“³⁰. Wie im Folgenden gezeigt wird, ist es primär die politisch instrumentalisierte Ethnizität an der Côte d'Ivoire und gleichzeitig die fälschlicherweise vorausgesetzte „individuelle Identität“ und damit die Förderung der „Interessengruppen“ (bzw. ethnischen Gruppen) durch die Europäischen Union, die dem Prozess der Demokratisierung im Weg stehen.

4. Demokratieverständnis und Identitätskonflikt an der Côte d'Ivoire

Ausdruck dieser ethnischen Identität im politischen Prozess an der Côte d'Ivoire war und ist das Konzept der „Ivoirité“: „Nach diesem Konzept, festgehalten im Staatsbürger- und Wahlrecht, war nur derjenige Ivorer, dessen Vater und Mutter nachweislich die ivoirische Staatsbürgerschaft besaßen“³¹.

Nach der Unabhängigkeit von Frankreich 1960 war die Parti Démocratique de Côte d'Ivoire (PDCI) unter Félix Houphouët-Boigny die einzige Partei bis 1990 (Mit den Massendemonstrationen im Jahr 1990 kehrte der Staat zum Mehrparteiensystem mit einem Ministerpräsidenten, welches schon in

²⁸ Salzborn, S. (2006), S. 105, 110

²⁹ Nord, A. (2002), S. 42

³⁰ Zitiert nach: Basedau, M. (2003), S. 147-148

³¹ Krempel, J. (2010), S. 2

der Verfassung von und seit 1960 verankert war, zurück: Houphouët-Boigny blieb bis zu seinem Tod 1993 als Präsident im Amt): Er öffnete das Land für ausländische Investitionen und baute so die wirtschaftliche Kraft des Landes aus. Dabei näherte er sich Frankreich wieder an, verpasste allerdings den Aufbau eines demokratischen und transparenten Staates. Seine unklare Staatsbürgerschaftspolitik (vor allem für Franzosen, die als größte Investoren viele Vorteile genossen) ließ es zu, dass Immigranten Einfluss in der Politik an der Côte d'Ivoire bekamen und ließ die Grenze zwischen Ivoren und Nichtivoren weiter verschwimmen³². Die Wirtschaftskrise mit dem Preisverfall für Kaffee und Kakao (die Côte d'Ivoire war weltweit der größte Exporteur für Kakaobohnen der 1980er Jahre) polarisierte dann das Verhältnis zwischen Ivoren und Immigranten: „Durch den Entzug von Landrechten für die Zuwanderer kam es vor allem im weitgehend agrarisch erschlossenen Südwesten des Landes zu ersten sozialen Spannungen. Angesichts zunehmender Absatzschwierigkeiten und steigender Arbeitslosigkeit wuchs der Unmut in der ivorischen Bevölkerung. Einwanderer wurden Opfer der systematischen politischen und gesellschaftlichen Diskriminierung seitens der Regierung“³³.

Houphouët-Boignys Nachfolger Henri Konan Bédié systematisierte 1994 diese Diskriminierung durch das Konzept der „Ivoirité“: Zahlreichen Immigranten der zweiten Generation wurde dadurch die offizielle ivorische Staatsbürgerschaft sowie das Wahlrecht verweigert (zuvor garantierte die Verfassung jeder Person, die mindestens fünf Jahre auf ivorischem Boden gelebt hatte, die Staatsbürgerschaft)³⁴. So verhinderte er zum Beispiel auch, dass sein Widersacher Alassane Ouattara bei den Präsidentschaftswahlen 1995 und 2000 kandidieren konnte, da diesem vorgeworfen wurde, dass sein Vater aus Burkina Faso stamme.

Die Rassemblement des Républicains (RDR) und die Parti démocratique de Côte d'Ivoire (PDCI-RCA) boykottierten die Wahl im Jahr 2000, 2002 folgte ein fünfjähriger Bürgerkrieg. Das Abkommen von Ouagadougou im März 2007 beendete offiziell den Krieg, die Rebellen unter Guillaume Soro wurden in die Regierung unter Präsident Laurent Gbagbo miteinbezogen, eine Regierung der nationalen Einheit gegründet und das Konzept der „Ivoirité“ als Bedingung für die Zulassung zu den Präsidentschaftswahlen 2010 aufgehoben (zugleich definierte es zwar nicht endgültig die ivorische Staatsbürgerschaft, lieferte aber Ansätze zu deren Lösung, indem es sich

³² Vgl. Abu Bakarr Bah (2010), S. 601

³³ KAS (2010), S. 151

³⁴ Vgl. ebd.

unter anderem auf das Staatsangehörigkeitsrecht von 1961 und 1972 bezog, wonach „jeder Ivorer ist, der wenigstens ein ivorischen Elternteil hat oder auf ivorischem Boden geboren wurde, auch wenn die Eltern unbekannt sind“³⁵), sodass Ouattara zu den Wahlen antreten konnte.

„Vor den Wahlen 2010 erhielten erstmals viele Millionen von Bürgern gültige Personalausweise und die Möglichkeit zu wählen. Gleichwohl hätte man nach den vorliegenden demographischen Daten erwarten dürfen, dass noch deutlich mehr Ivorer wahlberechtigt sind als die offiziell fast 5,8 Millionen Registrierten“³⁶.

Trotzdem stimmen alle Protagonisten der Präsidentschaftswahl unter Vermittlung des Präsidenten von Burkina Faso, Blaise Compaoré, dem Wählerverzeichnis im September 2010 zu: „Dies markierte einen historischen Akt, zumal die Wähler- und Bürgerregistrierung parallel verliefen. Erst dadurch wurde zumindest ein Konfliktgrund und erklärtes Motiv der Rebellion von 2002 deutlich 'bearbeitet'“³⁷, was den Identitätskonflikt als solchen allerdings nicht löst.

Die aufgezeigten Entwicklungen lassen einen Rückschluss auf das Demokratieverständnis an der Côte d'Ivoire zu: Die in den vorangegangenen Kapitel aufgezeigte Ethnizität als Identität bzw. die Staatsbürgerschaftsfrage stellt auch hier die Ursache und die Lösung des Problems dar, was die Ivorer – wie am Beispiel des Abkommens von Ouagadougou zu sehen – als grundlegende Bedingung erkannt haben. Festzuhalten dabei bleibt auch, dass die Ivorer – trotz krasser Rückschläge im Transformationsprozess und anhaltender Verletzungen von bürgerlichen und freiheitlichen Rechten – die „Demokratie“ (nach ihrer Definition) allen anderen Staatsformen vorziehen, was erneut zeigt, dass Demokratie und soziale Wohlfahrt (wie o.g. in vielen Ländern auf dem afrikanischen Kontinent³⁸) nicht gleichgesetzt werden.

Trotz korrupter Institutionen, Repressionen und unklaren Rechtsverhältnissen halten die Ivorer an dieser Entwicklung fest: Dabei war auch „die hohe Wahlbeteiligung [2010] von über 80 Prozent [...] ein Beweis dafür, dass die Ivorer wählen wollten“³⁹. Die Massendemonstrationen 1990 und die

³⁵ Vgl. Abu Bakarr Bah (2010), S. 611

³⁶ Mehler, A. (2010), S. 2

³⁷ Mehler, A. (2010), S. 3

³⁸ Vgl. Erdmann, G.(2001), S. 41-45

³⁹ Mehler, A. (2010), S. 2

darauf folgende Rückkehr zum Mehrparteiensystem markieren hierbei den Beginn des eigentlichen Demokratisierungsprozesses an der Côte d'Ivoire.

Dem im Laufe der folgenden Jahre als größtenteils „ethnischer Konflikt“ gekennzeichneten Bürgerkrieg muss vor diesem Hintergrund auch eine weitere Bedeutung zugemessen werden: Hier geht es nicht nur um einen Konflikt verschiedener „Interessengruppen“ im Kampf um mehr politischen Einfluss, sondern auch um die Durchsetzung der demokratischen Werte, die die einzelnen Interessengruppen für sich identifiziert haben (und deswegen z.B. Wahlausgänge als „undemokratisch“ empfinden) und sich in der eigentlichen (demokratischen) Absicht durchaus gleichen. Die Basis für die autoritären Tendenzen und für die Macht von Gbagbo (bzw. dessen Bewegung) sowie Ouattara und somit für den eigentlichen Konflikt bildet also weiterhin die „Identitätskrise“, die den „ethnischen Konflikt“ nach Huntington zu einem „Identitätskrieg“⁴⁰ in einem fragilen Staat macht: Hier muss die eigentliche „Demokratieförderung“ ansetzen.

5. (Falsche) Anknüpfungspunkte der Demokratisierung durch die EU(?)

„The EU has identified peace building, good governance, social cohesion and social and economic infrastructure as priorities for Côte d'Ivoire's economic and social development“⁴¹.

Die EU bringt dafür im Zeitraum von 2008 bis 2013 rund 218 Millionen Euro auf: 55 Millionen für Friedenskonsolidierung und „good governance“, 125 Millionen für soziale Kohäsion und Resozialisierung/Wiedereingliederung und 38 Millionen für weitere Programme. Dabei priorisiert die Union zwei Bereiche: Erst Stabilisierung (mit Institutionenaufbau und gleichzeitiger Dezentralisierungsförderung nach europäischem Modell), dann Resozialisierung (mit Wiederaufbau der sozialen Infrastruktur, primär sanitäre - und Wasserversorgung), besonders in den zentralen, westlichen und nördlichen Bereichen der Côte d'Ivoire⁴².

Ein Großteil des Geldes des 10th European Development Funds (EDF) für Côte d'Ivoire soll dabei für die „soziale Kohäsion“ aufgewendet werden, welche in innerhalb der Union als fundamentaler

⁴⁰ Huntington (1996), S. 433

⁴¹ European Commission - Development and Cooperation – EuropeAid (2011): Ivory Coast, Web

⁴² Vgl. Côte d'Ivoire – European Community Country Strategy Paper and National Indicative Programme 2008-2013